

Nachricht vom 27.06.97 weitergeleitet
Ursprung : /CL/GRUPPEN/GEWERKSCHAFTEN
Ersteller: ofleig@metronet.de

Stoppt die Atomtransporte

Trotz massiver Proteste der Bevoelkerung gegen die letzten Castor-Transporte nach Gorleben wurde Anfang Maerz 97 ein weiterer Atomtransport durchgeführt. Diesmal von den AKWs in Neckarwestheim und Gundremmingen, sowie der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague. Jahrelang wurde uns erzaehlt wie sicher alle Atommuell-Transporte seien. Am 4.2.97 meldet die deutsche Presseagentur (dpa):

"Zug mit radioaktivem Muell aus Deutschland entgleist

Apach - Ein Zug mit Atommuiell aus Deutschland ist am franzoesischen Grenzbahnhof Apach in Lothringen entgleist. Menschen kamen nicht zu Schaden. Nach Polizeiangaben wurde keine Strahlung freigesetzt. Die Lokomotive und drei Waggonen entgleisten aus noch ungeklaerter Ursache. Das Uran-235 sollte in Castor-aehnlichen Behaeltern sollte zur britischen Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield transportiert werden. Das gab das saarlaendische Innenministerium bekannt. Der Unfall hat nach Rundfunkangaben einen weiteren Zug mit Atommuell in Deutschland aufgehalten.

Dabei war der Zug sehr langsam gefahren. Als Unfallursache wurde spaeter vermutet, es habe sich um einen Gleisbruch unter dem Gewicht der Spezialbehälter gehandelt. Was wäre passiert, wenn der Zug schneller gefahren wäre?

Aber auch ohne besondere Unfaelle geht von den Atommuell-Transporten eine Gefahr für die Bevoelkerung aus:

Die Umweltorganisation Greenpeace berichtet in diesem Zusammenhang von einer Studie, die besagt, daß die am Einsatz beteiligten Polizisten Strahlendosen über den geltenden Grenzwerten ausgesetzt waren. Die Strahlenwerte der Bevölkerung in der Nähe der Bahnlinien wird nicht berücksichtigt.

Dieses Risiko einzugehen erscheint besonders unsinnig, da Gorleben nur als Zwischenlager ausgewiesen ist. Das bedeutet, daß entweder jeder Atommüll-Transport dorthin einen zweiten nach sich zieht oder der Muell ewig in einer Uebergangslösung lagern wird.

Grenzwerte werden nach finanziellen Gesichtspunkten festgelegt:

Die internationale Strahlenschutzkommission hat in den 70ern schon zugegeben, daß es keine Strahlenmengen gibt, die ungefaehrlich sind. Die medizinischen Folgekosten sind natuerlich umso höher, je größer die Strahlung ist. Je niedriger die Strahlenmenge jedoch sein soll, um so hoeher sind die Rueckhaltekosten der Atomindustrie. Den Regierungen wurde also empfohlen, den gesetzlichen Grenzwert dort festzulegen, wo die Gesamtkosten am niedrigsten sind. Vom wirklichen Gesundheitsrisiko ist dabei zu keinem Zeitpunkt die Rede.

Polizeieinsatz

Schon bei den letzten Atomtransporten mußte die Polizei die Interessen der Energieversorgungsunternehmen gegen die Interessen der Bevölkerung

schuetzen. Beim letzten Castor-Transport waren insgesamt 19000 Polizisten und Bundesgrenzschuetzer im Einsatz. Alle Macht geht hier offensichtlich auf das Volk los.

Für den Polizeieinsatz bei dem jetzigen Castortransport wurden 100 Mio DM veranschlagt.

Atomstrom ist nicht billiger

Das sind nicht die einzigen Kosten, die bei der Berechnung des Atomstrompreises unterschlagen werden. Allein die Folgekosten von Tschernobyl betragen hunderte von Milliarden Mark. Bei den Abrißkosten des Schnellen Brüters in Kalkar mußten 2 Mrd. DM einkalkuliert werden - zusaetzlich zu den 12 bis 15 Mrd. DM Baukosten. Die Brennelemente des Brueters werden für 3,5 Mio. DM jährlich in Hanaugelagert. Das ist ein netter Nebenverdienst für Siemens.

1990, 11 Jahre nach dem Unfall im Atomreaktor von Harrisburg, waren die Aufraeumarbeiten endlich abgeschlossen. Sie waren mit rund 1 Mrd. \$ teurer als der gesamte Bau des Kraftwerkes (700 Mio. \$). Auch hier sind die Kosten für die Lagerung des Atommülls nicht eingerechnet. Dabei handelt es sich u.a. um 150 Tonnen radioaktiv verseuchten Staub und Schrott.

Atomstrom ist aus drei Hauptgruenden teurer als die Werbung der Atomlobby immer behauptete:

Das Risikopotential wurde anfangs stark unterschaezt. Die Kosten für die Sicherheit stiegen auf das fuenffache der Anfangskosten. Die Stromverkaeuer hatten den Strombedarf gruendlich ueberschaetzt. So entstanden Ueberkapazitäten, die z.B. mit Nachtstromaggregaten verpulvert werden müssen. Der groeße Teil der Kosten muß erst noch bezahlt werden.

Supergau oder Treibhauseffekt?

Die Atomlobby will uns glauben machen, daß der Atomstrom noetig ist, da die Verbrennung von fossilen Brennstoffen (Kohle, Gas, Holz und Öl) zu viel Kohlendioxid (CO₂) freisetzt. Dabei ist es tatsächlich so, daß der zu hohe CO₂-Ausstoß den Treibhauseffekt verursacht und damit Hauptursache einer bevorstehenden Klimakatastrophe ist. Wir wollen aber nicht den Teufel mit dem Beelzebub austreiben.

Die Folgen des Supergau im April 1986 in Tschernobyl sind den meisten noch in Erinnerung. Damals wurde die zigfache Strahlung einer Hiroshima-Bombe frei. 500 Millionen Menschen waren von diesem Unglück betroffen. Zusammen mit dem Unfall in Harrisburg und den Fast-Beinahe-Gaus in Biblis und Osaka demonstrierte Tschernobyl eindrucksvoll wie niedrig das Restrisiko doch ist.

Ein alternatives Energiekonzept

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist unumgaenglich, da weder die Risiken für Mensch und Natur noch die Kosten ueberschaubar sind. Alternativen zum Atomstrom gibt es reichlich.

1. Es ist notwendig die klassische Verbrennung fossiler Brennstoffe zu optimieren. Moderne Filteranlagen verringern die Schadstoffemissionen drastisch, kosten aber Geld. 2. Alternative Energieträger, wie Windräder, Wasserkraft und Sonnenenergie müssen weiter erforscht und zum Einsatz gebracht werden. 3. Der Raubbau an der Vegetation der Erde, v.a. an den Regenwäldern muß beendet werden, da CO₂ nur durch sie abgebaut wird. 4. Stromverschwendung, wie z.B. das Heizen mit Strom, muß vermieden werden. Der Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung schafft dabei sogar zusätzlichen Strom.

Das sind sicher nur die ersten notwendigen Schritte hin zu einer umweltfreundlichen Energiepolitik ohne Atomstrom. Die Weiterentwicklung hin zu einem ausgefeilten Konzept kann aber nur unter Einbeziehung der Beschäftigten und der Bevölkerung passieren. Die gesellschaftlichen Gesamtkosten für ein solches Konzept wären aber niedriger, als der Bau neuer AKWs und v.a. der spätere Abriß derselben, abgesehen von den gesundheitlichen und ökologischen Schäden.

Auch mit den heutigen Kraftwerken ist klar, daß genug Überkapazitäten vorhanden sind, um alle AKWs sofort auszuschalten, ohne dass "alle Lichter ausgehen".

Was ist mit den Arbeitsplätzen ?

Politiker und Atomlobbyisten kommen spätestens jetzt auf das Totschlagargument, man könne doch nicht einfach die Beschäftigten der Atomkraftwerke auf die Straße setzen. In diesem Punkt besteht natürlich Einigkeit. Die Umsetzung einer neuen umweltfreundlichen Energiepolitik würde neue Arbeitsplätze schaffen mit weniger Gesundheitsrisiken für die Beschäftigten. Eventuell anfallende Umschulungen und Weiterbildungen müßten dann ohne Einkommensverluste finanziert werden.

Wer soll das durchsetzen ?

Die derzeitige Parteienlandschaft sieht ziemlich grau aus, wenn es um die Durchsetzung unserer Interessen geht. Die Linke in der SPD existiert nicht mehr und auch die Grünen kapitulieren sobald sie in Regierungsverantwortung sind vor den sogenannten Sachzwängen.

Umweltorganisationen wie Greenpeace oder der BUND können nur einzelne Umweltsuenden vereiteln, aber kein Gesamtkonzept umsetzen.

Solange die eigentliche politische Macht in den Vorstandsetagen der Banken und Großkonzerne liegt, wird für unsere Interessen nichts getan.

Wir müssen also selbst aktiv werden und Druck auf die derzeit politisch Verantwortlichen aller Parteien aufbauen. Wir bauen die Sozialistische Alternative (SAV) auf als politische Interessensvertretung von ArbeiterInnen, Erwerbslosen, RentnerInnen und Jugendlichen.

Die deutsche Atomwirtschaft hat einen Namen: Siemens

Alle AKWs, die in Deutschland in Betrieb sind, wurden von Siemens bzw. dessen Tochterfirma Kraftwerksunion (KWU) gebaut. Die letzten AKWs wurden

in den 80ern gebaut. Aber Siemens ist im Geschäft geblieben: Durch Nachrüstung von AKWs sorgt der Konzern dafür, dass Betriebsgenehmigungen von den Behörden verlängert werden. Durch die zunehmende Materialversproedung werden sie immer gefährlicher. Das schert Siemens nicht, so lange die Aufträge fließen. Die große Goldgrube liegt im Osten. In Mochovce in der Slowakei will Siemens zwei AKWs fertigbauen, die keine westlichen Sicherheitsstandards erreichen werden. Die Proteste der Bevölkerung in der Slowakei, Österreich und weltweit sollen ignoriert werden, denn es winkt das große Geschäft: 40 bis 60 AKWs in Osteuropa nachrüsten, finanziert zum Teil durch unsere Steuergelder, weil die AKWs ja dadurch angeblich viel sicherer werden. Aber wirklich sicherer werden diese Schrottreaktoren nur, wenn sie sofort abgeschaltet werden.

Auch bei der Produktion von Brennelementen hat Siemens kräftig mitgemischt. Die Brennelementefabriken in Hanau waren so oft in den Schlagzeilen, daß Siemens sie schließen mußte. Der Abtransport des radioaktiven Materials (einschließlich 2,4 Tonnen hochgiftiges und atombombentaugliches Plutonium) wird noch schwierig genug.

Inzwischen baut Siemens wieder einen Atomreaktor (in Garching bei München), der aber nur für wissenschaftliche Forschung dienen soll. Deshalb soll er auch aus den Forschungs- und Bildungshaushalten von Bund und Bayern finanziert werden. Der Reaktor löste internationale Proteste aus, weil er mit hochangereichertem (deshalb atomwaffenfähigem) Uran betrieben werden soll (40 Kilo im Jahr, das reicht für zwei Hiroshima-Bomben). Für einen Konzern wie Siemens, der schon so vielen Staaten das Know-How zum Atombombenbau verschafft hat, ist das natürlich kein Hinderungsgrund.

Zusammen mit der französischen Firma Framatome entwickelt Siemens inzwischen eine neue Baureihe für kommerzielle AKWs (Europäischer Druckwasserreaktor). Der ist vor allem für den Export bestimmt. Die Atommafia hat inzwischen gemerkt, daß es billiger ist, AKWs in Gegenden zu bauen, wo die Bevölkerung weniger Schwierigkeiten macht als in Deutschland, und dann den Strom tausende Kilometer zu transportieren. Die sind dann natürlich noch unsicherer - und seit Tschernobyl wissen wir, daß radioaktive Wolken auch spielend tausende von Kilometern schaffen. Trotzdem will Siemens zur Exportförderung mindestens einen Reaktor in Deutschland gebaut haben.

Skrupellos, wenn's um Profit geht

Trotz Jahrzehnten Anti-AKW-Bewegung nimmt der Siemens-Konzern immer größere Risiken der Bevölkerung durch seine atomaren Zeitbomben in Kauf. Eine solche Skrupellosigkeit hat bei Siemens Tradition. Im Zweiten Weltkrieg beutete der Konzern zehntausende Fremdarbeiter und KZ-Häftlinge aus. Jetzt baut Siemens am Drei-Schluchten-Staudamm am Jangtse-Kiang mit, für den die chinesische Regierung 1,8 Millionen Menschen umsiedeln will - und daß die mit ihrem Volk nicht gerade sanft umspringen, das wissen wir. In Korruptionsaffären ist der Konzern auch verwickelt. In München haben Mitarbeiter der Firma mit Millionenzuwendungen an Kommunalbeamte den Auftrag für zwei Kläranlagen verschafft. In Spanien flossen die Millionen für Aufträge beim Eisenbahnausbau.

In Deutschland hat Siemens seit 1993 ein Fünftel der Arbeitsplätze (50.000) vernichtet. Für die verbliebenen Beschäftigten stieg die Arbeitshetze entsprechend, denn die Umsätze sind gleichzeitig gestiegen. Der Betriebsrat machte mit, um die angeschlagene Firma zu retten. Inzwischen hat er gemerkt, daß wir über den Tisch gezogen worden sind. Denn der Konzern bricht die Vereinbarungen und will den Kahlschlag trotz gestiegener Gewinne noch beschleunigen - denn die Eigenkapitalrendite soll

bis 2000 von 10,5% auf 15% steigen.

1993 wurde eine Boykott-Kampagne gegen Siemens begonnen, die diesen Winter wegen dem AKW-Bau in Mochovce weltweit ausgedehnt wurde. Trotzdem haben erst wenige davon etwas mitgekriegt. Kann der Boykott Siemens zur Aufgabe einer Sparte bewegen, in der er letztes Jahr trotz AKW-Bau-Flaute noch fast eine halbe Milliarde Gewinn gemacht hat? Wir werden erst dann bestimmen koennen, ob der Konzern eine Politik für oder gegen Mensch und Natur betreibt, wenn wir ihn wirklich kontrollieren. Das heisst: Der Siemens-Konzern muß enteignet und unter demokratische Kontrolle gestellt werden, durch gewählte und jederzeit abwaehlbare VertreterInnen, die nicht mehr verdienen als ein Facharbeiter.

Ein Knoten im Netzwerk der Banken und Konzerne

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Deutschland sind durch finanzielle Verflechtungen, praktische Zusammenarbeit, Aufsichtsratsposten miteinander verbunden. Der Siemens-Konzern ist besonders eng mit der Deutschen Bank verbunden - und dadurch mit allem, was in der deutschen Wirtschaft Macht und Einfluß hat. Ausserdem haben Banken und Energieversorgungsunternehmen (also Grosskonzerne wie RWE, VEBA und VIAG) selber ein Interesse, daß die AKWs möglichst lang am Netz bleiben. Die Banken wollen ihr zum Bau geliehenes Geld zurückgezahlt kriegen, die Energieversorgungsunternehmen verdienen an den AKWs acht Milliarden im Jahr. Wenn wir Siemens auf die Füße treten, dann schreit das ganze Grosskapital Aua - und schlaegt zurueck. Siemens enteignen reicht nicht. Alle großen Konzerne, Banken und Versicherungen muessen ebenso vergesellschaftet werden. Das heißt: sozialistische Demokratie statt Diktatur des Marktes und der Profitinteressen.

Das bedeutet natuerlich nicht, daß es sinnlos waere, heute schon gegen AKWs zu kaempfen. Nur durch den Kampf der Anti-AKW-Bewegung sind die AKWs bei uns nicht ganz so unsicher, wie es Siemens und Deutsche Bank gern gehabt haetten. Aber sicher aus der Atomwirtschaft aussteigen koennen wir erst, wenn wir Wirtschaft und Staat unter demokratischer Kontrolle haben - wenn auch die Staatsgewalt nicht nur einmal in vier Jahren vom Volk ausgeht und den Rest der Zeit auf das Volk los, wie wir es in Lüchow-Dannenberg gerade wieder sehen. Dann haben wir auch die Möglichkeit, die gesamte Energieversorgung und die gesamte Produktion demokratisch gemaess den Interessen von Beschaeftigten, VerbraucherInnen und Umwelt zu planen.

Die SAV Stuttgart fordert:

Kein Castor-Transport nach Gorleben oder anderswohin
Sofortiger Bau und Planungsstop von AKWs
Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie
Offenlegung aller Reaktorstoerfallberichte
Keine Entlassungen als Folge des Ausstiegs aus der Atomenergie. Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen durch Schaffung einer umweltfreundlichen Energieversorgung.
Erforschung und Entwicklung alternativer Energiequellen.
Verstaatlichung der gesamten Energiewirtschaft. Kontrolle durch gewaehlte Vertreter aus Gesellschaft und Belegschaft.

Kontakt:

SAV Stuttgart

stephki@aol.com

<http://members.aol.com/stephki/sav.htm>

cu. Oliver Fleig

Ofleig@metronet.de